



Die Urabstimmung soll mehrere Wochen dauern – damit trotz der Ferien jedes ver.di-Mitglied seine Stimme abgeben kann.

Alle sollen sich beteiligen können – Urnen stehen bis Mitte August

Kommentar

ver.di-Mitglieder stimmen ab – Abschluss nur dank der Streiks

Mitte August fällt die Entscheidung. Bis dahin können die ver.di-Mitglieder darüber abstimmen, wie es mit dem Tarifergebnis zum Gesundheitsschutz und zur Eingruppierung weitergeht. Mindestens 25 Prozent der ver.di-Mitglieder müssen ihr Kreuz entsprechend setzen, damit die Regelungen gelten.

Es brauchte erneut einen mehrtägigen Verhandlungsmarathon (23. bis 27. Juli) bis das Tarifergebnis bei dieser achten Runde auf dem Tisch lag. Ein Grund für die vielen Verhandlungsrunden und den zähen Handlungsverlauf: Die Materie ist äußerst kompliziert. Dass die Arbeitgeber erst in dieser achten Runde bereit waren, tatsächlich zu verhandeln, war ein weiterer Grund. Das Ergebnis: Erstmals wurde im öffentlichen Dienst ein Tarifvertrag Gesundheitsschutz abgeschlossen. Mit diesem Tarifvertrag haben öffentliche Arbeitgeber zugestanden, dass beim Gesundheitsschutz gehandelt werden muss und dass es Regelungsbedarf gibt: „Die Arbeitgeber haben erstmals anerkannt, wie physisch und psychisch belastend die Arbeit im Sozial- und Erziehungsdienst ist“, betont ver.di-Vorstandsmitglied Achim Meerkamp.

Und es wurde eine neue, spezielle Entgelttabelle für den Sozial- und Erziehungsdienst vereinbart. Nach dieser Tabelle verzeichnen nahezu alle Beschäftigten ein Plus. Die Beschäftigten, die nach dem Oktober 2005 eingestellt worden waren und bisher weniger als die Alt-Beschäftigten bekamen, sehen nun deutlich mehr Geld auf ihrem Konto. Aufgewertet wurden die Beschäf-

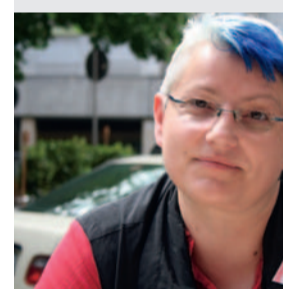
tigten des Allgemeinen Sozialen Dienstes sowie Erzieherinnen und Erzieher. Vorausgesetzt, die ver.di-Mitglieder stimmen dem Tarifvertrag zu, soll er zum 1. November 2009 in Kraft treten. Damit trotz der Sommerferien viele der stimmberechtigten ver.di-Mitglieder ihr Votum abgeben können, wird es möglich sein, bis Mitte August an der Urabstimmung teilzunehmen.

Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske sagte: Ohne die Streiks, ohne die Aktionen vor Ort wäre dieses Ergebnis nicht möglich gewesen. Die Arbeitgeber hatten sich eingegraben, keine Spur von Bewegung, keine Zugeständnisse. Die Vorgabe der Arbeitgeber lautete: Höchstens eine schwarze Null, am liebsten hätten sie ein Plus gemacht. Nach ihren Überlegungen sollten die einen Kolleginnen und Kollegen die Aufwertung der anderen bezahlen. Diese Rechnung der Arbeitgeber ging nicht auf. Die kommunalen Arbeitgeber müssen nun Geld in die Hand nehmen.

Noch am 27. Juli kamen in Frankfurt/Main Vertreter/-innen der Streikleitungen zusammen. Die Streikleitungen waren von ver.di in dieser Tarifrunde eng in die Entscheidungsabläufe eingebunden worden. Auch über das Tarifergebnis berieten sie noch vor der Bundestarifkommission. Denn die Einschätzung der Vertreter/-innen der Streikleitungen sollte die Bundestarifkommission bei ihrer Entscheidung berücksichtigen. Nach dem Votum der Streikleitungen für eine Annahme des Tarifergebnisses stimmte auch die Bundestarifkommission für den Abschluss.



Frank Bsirske mit dem Präsidenten der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), Thomas Böhle (zweiter von rechts), bei der Pressekonferenz.



WIR KOMMEN WIEDER

Der Gesundheitsschutz steht. Das ist gut. Ob Erzieherinnen und Erzieher, ob Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, ob Heilpädagoginnen und Heilpädagogen – gerade die älteren Kolleginnen und Kollegen atmen auf. Denn mit dem Tarifvertrag Gesundheitsschutz haben sie ein Instrument in der Hand, ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Bei der Aufwertung hätte es mehr sein können. Manche von uns meinen: Es hätte mehr sein müssen. Nach den Streiks, nach dem Engagement, vor allem aber nach all dem Zuspruch, den die Kolleginnen und Kollegen einsammeln konnten. Wissenschaftler schlugen sich auf unsere Seite, Eltern und auch die Politik. Die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes sind systemrelevant, hieß es auf den Plakaten, die die Kolleginnen und Kollegen auf Demonstrationen hochhielten. Wie systemrelevant sie sind, das haben wir in die Öffentlichkeit getragen. Noch nie gab es eine so starke öffentliche Auseinandersetzung über die Rolle und die Bedeutung des Sozial- und Erziehungsdienstes in Deutschland. Noch nie wurde uns so interessiert zugehört, wenn wir von unserer Verantwortung und unseren Arbeitsbedingungen sprachen. Das ist nicht mehr zurückzudrehen – das können sich die Arbeitgeber noch so sehr wünschen.

Diese Tarifaufwertung hat auch gezeigt: Es spielt nach wie vor eine Rolle, ob es sich um Frauenberufe oder um Männerdomänen handelt. Die gute Nachricht: Wir haben den Finger auf die Wunde gelegt und auch gebohrt. Die schlechte Nachricht: Wir müssen weiter bohren, tiefer bohren. Das Ziel ist noch fern. Die Aufwertung der sozialen Berufe steht im Kontext der Aufwertung der Frauenberufe. Das heißt aber auch: Wir dürfen nicht nachlassen, wir müssen das Thema am Kochen halten. Und wie bei allen wichtigen gesellschaftlichen Themen wird diese Aufwertung nur Schritt für Schritt erreicht. Doch da ist wieder eine gute Nachricht. Denn bei Tarifverhandlungen ist es wie beim Fußball: Nach dem Abschluss ist vor dem Abschluss.

Angelika Spautz
Vorsitzende der Bundesfachgruppe
Sozial-, Kinder- und Jugendhilfe

**CHANCEN FÖRDERN
ANERKENNUNG FORDERN**

WWW.CHANCEN-FOERDERN.DE

Das war erst der Anfang



„Dass wir den Gesundheitsschutz unter Dach und Fach haben, ist eindeutig positiv. Wir brauchen den Tarifvertrag

Gesundheitsschutz, damit überall der Gesundheitsschutz in die richtige Spur kommt. Wir haben jetzt die Möglichkeit, auf diesem Gebiet einiges zu bewirken. Voraussetzung: Wir werden aktiv.

Beim Entgelt haben wir uns mehr gewünscht – eine echte Höhergruppierung nämlich. Aber das ist uns nicht gelungen. Das heißt aber nicht, dass wir dieses Ziel aufgeben. Im Gegenteil, sage ich in Richtung der Arbeitgeber. Wir werden nicht locker lassen. Weil die Aufgaben gewachsen sind und die Verantwortung gestiegen ist. In der Gesellschaft ist es angekommen, dass wir mehr wert sind. Diese höhere Wertschätzung muss sich auch in einer besseren Eingruppierung und in besseren Arbeitsbedingungen niederschlagen. Zumindest sind wir nicht mehr gespalten, sondern es gilt für alle die gleiche Tabelle und für die neuen Kolleginnen und Kollegen wurden deutliche Verbesserungen erreicht.“

Karin Gödecke, Erzieherin und Personalrätin in Hannover

Schluss mit Zwei-Klassen-Gesellschaft



„Manche der Kolleginnen und Kollegen sind über das Ergebnis enttäuscht. Ich bin das nicht. Dass wir den Tarifvertrag betrieblicher Gesund-

heitsschutz abgeschlossen haben, ist für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst und die betriebliche Gesundheitsförderung ein großer Fortschritt. Denn nun müssen wir die Arbeitsbedingungen in unseren Fokus nehmen. Allerdings bedeutet das, sich intensiv mit der Materie zu befassen.

Und was die Eingruppierung angeht: Seit 2005 hatten wir im Sozial- und Erziehungsdienst eine Zwei-Klassen-Gesellschaft – die, die vor und die, die nach Oktober 2005 eingestellt wurden. Die Neueingestellten bekommen deutlich weniger. Es ist gut, dass jetzt wieder alle im gleichen Boot sind und gleiche Arbeit gleich entlohnt wird. Es ist gut, dass viele etwas dazu bekommen haben, wenn es manchmal auch nur wenige Euro sind. Nein, enttäuscht bin ich nicht. Enttäuscht wäre ich nur gewesen, wenn wir gar keinen akzeptablen Abschluss hingeekriegt hätten.“

Angelika Kelsch, Erzieherin und Personalrätin in der Lutherstadt Wittenberg

Gesundheitsschutz kann verändern



„Natürlich hätten wir gerne mehr gehabt: Die jungen Kolleginnen und Kollegen aber werden sich freuen, dass sie wieder Anschluss haben – mit einer

zum Teil deutlichen finanziellen Verbesserung. Im Übrigen liegen auch wir Älteren im Schnitt über dem BAT-Niveau. Das will ich als Erfolg in schwieriger Lage nicht klein geredet haben. Wir müssen weitermachen. Wir müssen noch stärker als bisher und kontinuierlicher darauf hinweisen, dass man am Beispiel der Erzieherinnen sieht: In Frauenberufen hat man finanziell schlechte Karten.

Der Tarifvertrag Gesundheitsschutz ist einfach nur vernünftig. Er ist ein Instrument dafür, dass sich in den Einrichtungen in Sachen Arbeitsbedingungen endlich etwas tut. Das wird aber nicht von alleine gehen. Wir alle sind dabei gefragt. Gesundheitsschutz wäre längst möglich. Die Gesetze gibt es, doch viel zu wenige Kommunen kümmern sich darum und viel zu wenige Beschäftigte pochen auf ihr Recht. Mit dem Tarifvertrag Gesundheitsschutz könnte sich da einiges ändern.“

Gitta Süß-Slania, Sozialarbeiterin und Gesamtpersonalratsvorsitzende in Mannheim

Aufwertung bleibt Tagesordnung



„Der Tarifvertrag zum Gesundheitsschutz ist gut. Er ist die Chance, dass sich bei den Arbeitsbedingungen einiges tut. Nicht nur bei der Aus-

stattung, nicht nur in Sachen Arbeitsorganisation, sondern auch bei der Personalbemessung. Das geht nicht von heute auf morgen. Aber der Tarifvertrag zum Gesundheitsschutz ist ein Ansatz dafür. Gerade die Kolleginnen und Kollegen beim Allgemeinen Sozialen Dienst arbeiten oft hart an ihren Grenzen. Kein Wunder, dass der Krankenstand hier überdurchschnittlich hoch ist.

Und was das Finanzielle angeht: Alle, die nach Oktober 2005 eingestellt wurden, haben jetzt deutlich mehr in der Tasche. Beim Allgemeinen Sozialen Dienst ist das ein großer Anteil der Beschäftigten. Zudem haben wir erreicht, dass keiner schlechter gestellt wird. Die Arbeitgeber haben damit auch anerkannt, dass sie aufwerten müssen. Dass das nur schrittweise geht, ist fast eine Binsenweisheit. Das Signal an die Arbeitgeber: Wir werden nicht locker lassen.“

Heinz Riehm, Sozialarbeiter beim Jugendamt Kreis Rendsburg-Eckernförde

Mit dem Tarifvertrag zum Gesundheitsschutz fängt die Arbeit erst an

„Tarifwerk mit Leben füllen“

Gesundheitsschutz für die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes sieht bisher folgendermaßen aus: Es gilt die gesetzliche Regelung, wonach während der Arbeit die Gesundheit der Beschäftigten nicht gefährdet werden darf. Doch wann ist die Gesundheit gefährdet? In der Praxis war die gesetzliche Regelung ein stumpfes Instrument.

In der Regel sahen die kommunalen Arbeitgeber keine gesundheitlichen Gefährdungen oder aber sie zuckten mit den Schultern. Das hieß: Da kann man nichts machen. Hinter dieser Reaktion stand oft die Einstellung: In den Kitas wird doch nur gespielt, was soll dabei belastend sein? Und im sozialen Dienst oder in der Behindertenhilfe wird geredet. Also ebenso wenig gesundheitlich belastend gearbeitet. Von nun an ist die Situation der Beschäftigten grundlegend anders. Denn ver.di hat sich beim Gesundheitsschutz weitgehend durchgesetzt. Die Voraussetzung dafür, dass sich etwas ändert, ist aber: Wir, die Beschäftigten, müssen den Tarifvertrag Gesundheitsschutz, den wir uns erstreikt haben, mit Leben füllen. Dies wird nicht über Nacht geschehen können. Aber mit diesem Tarifvertrag haben wir die Chance, dass sich in den Kitas, auf den Jugendämtern und in den Einrichtungen der Behindertenhilfe etwas Grundlegendes verändert. Diese Chance müssen wir nutzen.

Kleine Stühle nur ein Symbol

Dass es dem Rücken nicht gut tut, wenn Erzieherinnen und Erzieher jahrelang auf Kinderstühlen sitzen, ist bekannt. Ebenso wissen wir alle: Mit anderen Stühlen ist es nicht getan. Aber die Diskussion um die Kinderstühle und den Erzieherinnen-Rücken hat in der Öffentlichkeit die Problematik deutlich gemacht. Und es geht auch nicht nur um den Lärm, es geht um den Stress – verursacht durch psychische Belastungen. Weil Erzieherinnen und Erzieher ihre Augen überall haben müssen, weil sie jede Sekunde hochkonzentriert sein müssen. Wenn Eltern oder Vertreter des Gemeinderates beim Stichwort psychische und physische Belastungen den Kopf schütteln, verweise ich gerne auf folgende Situation: Stellen Sie sich vor, Sie haben 25 Kinder zum Kindergeburtstag. Und sie sind nur zwei Erwachsene. Sie feiern einen Tag lang mit der Rasselbande, sie spielen, sie singen, sie sorgen für Saft, Kekse und Unterhaltung. Am Abend werden Sie froh sein, wenn das Fest endet. Aber stellen Sie sich vor: Sie haben jeden Tag Kinderfest, fünf Tage die Woche. Keiner, der Kinder hat, zweifelt dann noch daran, dass Erzieherinnen und Erzieher einen psychisch und physisch anstrengenden Job haben.

Was kann der Tarifvertrag jetzt leisten? Auch mit dem Tarifvertrag können die Beschäftigten keine baulichen Veränderungen erzwingen. Denn der Haushalt ist Sache der Kommune. Aber die Kommune muss nun Stellung beziehen. Sie muss sich hin-



stellen und den Beschäftigten wie auch den Eltern erläutern, warum sie – vermutlich nicht übermäßig teure – Maßnahmen unterlässt. Obwohl Experten sicher sind, dass diese Maßnahmen sinnvoll sind, den Beschäftigten wie den Kindern zugute kommen. Die Kommune, der Oberbürgermeister – sie werden sich nicht mehr einfach sperren können. Die Devise: Das haben wir noch nie so gemacht – sie wird nicht mehr funktionieren. Welche Maßnahmen notwendig sind, das muss vor Ort entschieden werden. Denn die Verhältnisse sind von Kommune zu Kommune, von Einrichtung zu Einrichtung unterschiedlich.

Eines ist klar: Wir dürfen und wir werden nicht bei baulichen Maßnahmen stehen bleiben. Auch darin liegt eine große Chance. Wir alle wissen, dass zum Beispiel Stress durch eine Fülle von Maßnahmen vermindert werden kann. So müssen wir überlegen, ob gerade ältere Kolleginnen und Kollegen – selbstverständlich im Rahmen des Aufgabenkatalogs einer Kita – Spezialaufgaben übernehmen können. Besondere Förderstunden zum Beispiel. Wir müssen neue Möglichkeiten finden, wir müssen uns austauschen, wir müssen betriebliche Kommissionen bilden, wir müssen Netzwerke schaffen, damit wir all die Möglichkeiten ausschöpfen, die uns der Tarifvertrag bietet. Die Bundesfachgruppe Sozial-, Kinder- und Jugendhilfe wird dieses Netzwerk mit organisieren, damit dieser Austausch zustande kommt. Und vor allem: Wir – und auch die Arbeitgeber – müssen an

Schulungen teilnehmen. Denn wer weiß schon gut genug Bescheid über Gefährdungsanalysen.

Businessmassage und Kurzzeitentspannung

Das gilt nicht nur für die Kitas, sondern auch für die Behinderteneinrichtungen und die sozialpädagogischen Arbeitsfelder. Auch hier geht es darum, sich zu überlegen, wie durch konkrete Maßnahmen die psychische Belastung reduziert werden kann. In Nürnberg wird Businessmassage angeboten. Außerdem werden die Beschäftigten, die immer wieder zu Konfliktsituationen gerufen werden, geschult, wie sie zwischendurch durchatmen, einfach mal abschalten können. Um dann – wenige Minuten später – wieder geduldig die nächste Familie unterstützen zu können. Diese Angebote wurden super angenommen. Das sind erste Ansätze. Noch viel mehr ist möglich.

Dass es jetzt einen Tarifvertrag Gesundheitsschutz gibt, zeigt uns vor allem eines: Endlich werden wir ernst genommen. Endlich werden unsere Klagen über die Arbeitsbelastung nicht einfach so vom Tisch gewischt. Endlich geht es darum, dass auch die Arbeitgeber ernsthaft darüber nachdenken müssen, wie die Situation verbessert werden kann. Das ist ein großer Schritt nach vorn.

Peter Erlbeck, Sozialpädagoge



CHANCEN FÖRDERN ANERKENNUNG FORDERN

Abbild unserer Stärke



„Tarifverträge sind immer ein Abbild unserer Stärke. Wir haben Druck gemacht. Vielleicht war er nicht hoch genug. Wobei man auch bedenken muss, dass es für Sozialpädagogen nicht einfach ist, politischen Druck auf die Arbeitgeber auszuüben. Vor diesem Hintergrund haben wir viel erreicht: Keiner wird schlechter gestellt, die jungen Kolleginnen und Kollegen bekommen deutlich mehr, es gilt wieder eine Tabelle. Soziale Berufe sind wieder attraktiver. Und das war dringend nötig. Wenn wir mehr wollen, müssen wir uns überlegen, wie wir das durchsetzen können.“

Gesundheitsschutz ist ein wichtiges Thema. Der Tarifvertrag kann dabei ein entscheidendes Instrument sein. Deshalb gefällt mir nicht, dass die betrieblichen Kommissionen in ihren Rechten meines Erachtens quasi amputiert sind. Wir müssen sehen, ob wir dennoch Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen erreichen können. Wenn es nicht gelingt, muss der Gesundheitsschutz auch wieder auf die Tagesordnung.“

Gudrun Wagner, Sozialpädagogin beim Landratsamt Erlangen-Höchstädt

Tarifeinheit wiederhergestellt



„Wir wollten eine echte Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes. Das haben wir nicht erreicht. Die Beschäftigten wollen, dass sich die ideale Aufwertung auch in Euro und Cent niederschlägt, und das ist verständlich. Dass sie trotz ihres Einsatzes diese Wertschätzung noch nicht bekommen, das enttäuscht viele.“

Die Neuen, meist jungen Kolleginnen und Kollegen, sind zufrieden. Manche hatten nicht zu hoffen gewagt, dass sie so kräftig besser gestellt werden. Wir haben die Tarifspreizung rückgängig gemacht. Das ist gut für die Attraktivität des Sozial- und Erziehungsdienstes. Aber diese Tarifauseinandersetzung hat uns vor allem eines gezeigt: Wir, der Sozial- und Erziehungsdienst, können was auf die Beine stellen. Diese Solidarität, diese Kreativität in den Aktionen – das war wunderbar, daran müssen wir anknüpfen. Und mit dem Tarifvertrag Gesundheitsschutz haben wir ein zusätzliches Instrument, um in den Betrieben krankmachende Arbeitsbedingungen zu benennen und zu bekämpfen.“

Ulrich Piechota, Sozialpädagoge und Personalrat in Dortmund

Mehr gewünscht



„Das ist kein Traumergebnis. Wir haben uns wesentlich mehr gewünscht. Das

ist nicht geglückt. Aber wir haben die Situation für die jungen Kolleginnen und Kollegen verbessert – teilweise gar deutlich verbessert. Und wir haben zumindest einen Einstieg in die Aufwertung geschafft. Es muss uns allen klar sein, dass wir hier nicht stehen bleiben wollen und nicht stehen bleiben dürfen. Die Kampagne „Chancen fördern – Anerkennung fordern“ muss unbedingt weitergehen.“

Für den Gesundheitstarifvertrag haben wir gestreikt. Fast alle unsere Forderungen wurden hier erfüllt. Ob die betrieblichen Kommissionen genug Durchsetzungskraft haben, um die Arbeitsbedingungen in den Kitas oder bei den Ämtern deutlich zu verbessern, wird die Zukunft zeigen. Jetzt geht es darum, dieses Instrument auszugestalten. Aber eines ist klar: Der Tarifvertrag Gesundheitsschutz eröffnet nur Chancen. Es wird auf uns Beschäftigte ankommen, was wir daraus vor Ort in unseren Einrichtungen machen.“

Ursel Staub, Erzieherin in Saarbrücken

DER ABSCHLUSS IN KÜRZE

Es wurde ein Tarifvertrag zum Gesundheitsschutz vereinbart, der weit über die gesetzlichen Möglichkeiten hinausgeht. Künftig werden Arbeitgeber zusammen mit den Beschäftigten nach Lösungsmöglichkeiten suchen müssen, um gesundheitliche Gefährdungen zu verhindern und zu mindern.

Zudem wurde speziell für den Sozial- und Erziehungsdienst eine eigene Entgelttabelle erarbeitet. Sie fasst die über 50 verschiedenen Tätigkeiten in 14 Entgeltgruppen zusammen. Innerhalb der Tabelle wurden im Vergleich zu den bisherigen Regelungen die Entgeltstufen teilweise verlängert.

Alle Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes, die nach Oktober 2005 eingestellt worden sind, bekommen nach der neuen Tabelle deutlich mehr Geld. Die Zugewinne für die einzelnen Tätigkeitsbereiche sind unterschiedlich.

Der Tarifvertrag soll zum 1. November in Kraft treten. Es wurde eine Besitzstandsgarantie vereinbart, so dass kein Beschäftigter sich bei der Umstellung schlechter als bisher stellt.

ver.di-Bundesvorstandsmitglied Achim Meerkamp zum Tarifergebnis

Achim Meerkamp



Aufwertung steht weiter auf Agenda



Ohne die Unterstützung der Eltern, ohne die Streiks wäre dieses Tarifergebnis nicht möglich gewesen.

Acht Runden, 16 Verhandlungstage – nun sind die ver.di-Mitglieder im Sozial- und Erziehungsdienst an der Reihe, über das Tarifergebnis zu urteilen. Für ver.di-Bundesvorstandsmitglied Achim Meerkamp, Leiter der Fachbereiche Gemeinden sowie Bund/Länder, stehen der Tarifvertrag Gesundheitsschutz und die finanziellen Verbesserungen für die Neueingestellten eindeutig auf der Habenseite. Aber ganz klar: In den kommenden Jahren wird die Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes Thema bleiben müssen.

Streiks, zähe Verhandlungen und viele Aktionen. Jetzt liegt das Ergebnis auf dem Tisch. Bist Du zufrieden?

Meerkamp: Das Ergebnis stellt das Maximum dar, was derzeit möglich war. Und es stellt sich die Frage, ob wir – wenn wir weiter gestreikt hätten – bei der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung mehr erreicht hätten. Generell hätte ich uns – und vor allem den Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes – natürlich

mehr gewünscht. Wenn ich das Paket, über das jetzt die ver.di-Mitglieder abstimmen, insgesamt betrachte, komme ich zu dem Schluss: Das kann sich sehen lassen. Aber weil Eingruppierungen immer kompliziert sind, müssen wir intensiv alle Details dieses Tarifwerks erläutern und darüber diskutieren. Neben der Entgelttabelle haben wir einen Tarifvertrag Gesundheitsschutz abgeschlossen, der die gesetzlichen Regelungen erst richtig wirken lässt. Mit diesem Tarifvertrag werden wir Zeichen setzen. Und ich prophezeie: Auch andere Branchen werden uns hier bald folgen und für ähnliche Tarifverträge kämpfen. Vor allem aber: Die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes sind wieder in einem Tarifsystem. Und sie bekommen mehr Geld – die Jüngeren deutlich mehr, die meisten Älteren etwas mehr. Zudem gilt die Besitzstandsgarantie: Keiner stellt sich schlechter als bisher.

Der eine oder andere ist enttäuscht.

Meerkamp: Das kann ich verstehen. Wir haben eine wichtige Forderung nicht erreicht: Der Sozial- und Erziehungsdienst wird nicht

deutlich aufgewertet. Obwohl er diese Aufwertung zweifellos verdienen würde. Denn die Beschäftigten in diesem Bereich leisten wichtige gesellschaftliche Arbeit und sie tragen eine große Verantwortung. Deshalb muss man aber auch sehen, dass uns der Einstieg in diese Aufwertung geglückt ist. Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter des Allgemeinen Sozialen Dienstes, die Tag für Tag Entscheidungen treffen müssen, die das Leben der Menschen beeinflussen, wurden aufgewertet. Viele, auch die Erzieherinnen und Erzieher, profitieren überdurchschnittlich, vor allem die Beschäftigten, die nach Oktober 2005 eingestellt wurden. Aber ganz klar: Das ist und darf nicht das Ende eines Prozesses sein, sondern ist erst der Anfang.

Die Verhandlungen traten lange Zeit auf der Stelle. Was war der Grund?

Meerkamp: Die Arbeitgeber haben sich lange Zeit geweigert, überhaupt zu verhandeln. Beim Gesundheitsschutz zum Beispiel stellten sie sich zunächst auf den Standpunkt, sie seien dafür überhaupt nicht zuständig. Und beim Entgelt gingen die Verhandlungen eigentlich erst in der achten Runde richtig los. Erst da wurde tatsächlich verhandelt.

Welchen Einfluss hatten die Streiks auf die Verhandlungen?

Meerkamp: Ohne die Streiks wäre gar nichts gegangen. Die Arbeitgeber verfolgten von Anfang an eine außergewöhnlich harte Linie. Der Hintergrund ist die Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Kommunen sehen riesige Lücken in ihrem Haushalt voraus. Eigentlich wollten sie nicht mal den Zustand beenden, dass die, die nach Oktober 2005 eingestellt worden sind, deutlich weniger bekommen als die Beschäftigten, die schon länger bei der Kommune arbeiten. Die Arbeitgeber spielten auf Zeit. Denn mit jedem Tag, an dem nicht an den bestehenden Regelungen gerüttelt wurde, sparten sie viel Geld. Und sie schalteten gar die Gerichte ein, um die Streiks zu verhindern. Denn die Arbeitgeber hatten nicht mit dieser Streikbereitschaft der Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes gerechnet, nicht mit diesen Demonstrationen, nicht mit den vielen Aktionen, mit denen die Beschäftigten auf sich und ihre Situation aufmerksam machten. Jetzt weiß jeder in der Republik, was der Allgemeine Soziale Dienst macht. Hinzu kam: Ein Großteil

der Eltern war und ist auf unserer Seite. Denn sie wissen: Was den Beschäftigten gut tut, tut auch ihren Kindern gut. Das ist ein gutes Fundament. Darauf müssen wir aufbauen.

Wie geht es jetzt weiter?

Meerkamp: Jetzt sind erstmal die ver.di-Mitglieder an der Reihe. Sie müssen darüber entscheiden, ob sie das Tarifergebnis akzeptieren oder nicht. Dabei müssen wir uns die Frage beantworten: Können wir mehr erreichen, wenn wir bei den Streiks draufsatteln? Und wir alle müssen einkalkulieren, dass gerade die jungen Kolleginnen und Kollegen im Sozial- und Erziehungsdienst jetzt ein deutliches Plus verzeichnen. Dieser Abwägungsprozess wird sich in der Urabstimmung spiegeln.

Vorausgesetzt, dass die Mitglieder in der Urabstimmung dem Ergebnis zustimmen. Wie müssen die Schritte aussehen, die dann folgen?

Meerkamp: Wir müssen den Tarifvertrag Gesundheitsschutz umsetzen. Dazu müssen wir die Kolleginnen und Kollegen schulen. Der Gesundheitsschutz wird deshalb innerhalb der Bundesfachgruppe Sozial-, Kinder- und Jugendhilfe künftig eine große Rolle spielen. Denn der Tarifvertrag gibt uns Instrumente in die Hand, die Arbeitsbedingungen vor Ort zu verbessern. Was das Entgelt angeht, so haben wir die erste kleine Etappe genommen. Wir haben den Einstieg in die Aufwertung geschafft. Die Bevölkerung steht hinter den Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes. In den kommenden Jahren wird es darum gehen, das Verständnis für den Sozial- und Erziehungsdienst zu festigen. Und sich generell dafür stark zu machen, dass der öffentliche Dienst den Stellenwert in der Politik und Gesellschaft bekommt, der ihm von den zu bewältigenden Aufgaben und der Verantwortung her zukommt. Nur wenn diese Anerkennung steigt, wird uns Schritt für Schritt auch eine Höherbewertung gelingen. Doch auch hier ist ver.di bereits dran: Der Fachbereich Gemeinden hat sich deshalb dem Arbeitsschwerpunkt „Öffentlich ist Wesentlich“ verschrieben.

Die Vertreter/-innen der Streikdelegierten gaben zuerst ihr Votum ab – noch vor der Bundestarifkommission.



Vertreter/-innen der Streikleitungen diskutieren über das Ergebnis

Abschluss motiviert zum Weitermachen

Jubel hört sich anders an. Der Schlussakkord klang dennoch kraftvoll – nach Respekt und Anerkennung der Leistung. Stehend applaudierten die Vertreter/-innen der Streikleitungen der Mannschaft, die acht Verhandlungsrunden lang den Arbeitgebern diesen Abschluss abgerungen hatte.

Dass es so kommt, war über weite Strecken der Diskussion nicht absehbar. Und diskutiert wurde heftig. „Wir können und wir sollten weiterstreiken, damit die sozialen Berufe aufgewertet werden.“ So lautete die eine Position. „Wir sollen das Tarifpaket akzeptieren, denn es ist gut.“ Das war die andere. Dazwischen war der Tenor: „Nein, ein Traumergebnis ist es nicht. Aber können wir mehr erreichen?“

Genau wurden die Tabellen unter die Lupe genommen. Wo stehen die Erzieherinnen und Erzieher, wo die Kinderpflegerinnen. Was passiert nach der neuen Tabelle mit den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, was mit den Beschäftigten der Behinderteneinrichtungen? All die, die nach Oktober 2005 eingestellt wurden und bisher unter den TVöD (Tarifvertrag öffentlicher Dienst) fielen, stellen sich deutlich besser als bisher. Bei allen, die schon vor Oktober 2005 ihren Arbeitsvertrag unterschrieben hatten, sieht das anders aus: Viele von ihnen erhalten auch eine Erhöhung – teilweise wirkt sie aber erst später. Für den einen oder anderen ist dieses Plus zu wenig. Und alle sind sich einig: „Wir haben uns mehr gewünscht“ – nämlich eine echte Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes.

Mehr gewünscht

Es gab eine Aufwertung. Bei den Erzieherinnen und Erziehern und bei den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern des Allgemeinen Sozialen Dienstes. Weil auch die Arbeitgeber nicht

leugnen konnten, dass Erzieherinnen und Erzieher aufgrund der fehlenden Entgeltordnung abgewertet wurden. Das trifft nicht auf die Alt-Beschäftigten zu, aber auf all jene, die seither neu eingestellt wurden. Und dieser Anteil unter den Beschäftigten stieg von Tag zu Tag. Hinzu kommt: Die Aufgaben der Erzieherinnen und Erzieher sind gewachsen – ebenso die Aufgaben und die Verantwortung der Beschäftigten des Allgemeinen Sozialen Dienstes. „Und was ist mit den anderen?“, lautet die Frage. Mit den Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter außerhalb des ASD, den Kita-Leitungen? Eine echte Aufwertung ist hier nicht gelungen. Gegen diese echte Aufwertung stemmten sich die Arbeitgeber mit aller Kraft.

Aber: Auch der Gesundheitstarifvertrag ist unter Dach und Fach; weitgehend so, wie ver.di es gewollt hatte. Dafür streikten die Kolleginnen und Kollegen. Aber sie wollten auch mehr Geld. Und klar war: Dem Gesundheitstarifvertrag wird im Paket mit dem Entgelt zugestimmt.

„Wir haben weit mehr auf die Beine gestellt, als uns die Arbeitgeber zugetraut haben“, betont Bsirske: Mehr Streikende, größere Demos. Ohne die Streiks, ohne die Demonstrationen, ohne die Eltern, ohne die vielen Aktionen vor Ort wäre dieses Ergebnis nie zustande gekommen. Doch die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise vor Augen, blieben die Hardliner unter den Arbeitgebern dennoch unbeeindruckt. Höchstens eine schwarze Null – also keine Mehrkosten. Mit jeder Woche, mit jeder Steuerschätzung, mit jeder Unternehmenspleite „steigt die Sensibilität der Arbeitgeber für die Kommunalfinanzen“, ist sich der ver.di-Vorsitzende sicher. Wie werden die Rahmenbedingungen deshalb im Herbst aussehen?

Nur die erste Etappe

„Können wir das knacken?“, fragt Jürgen Hohmann aus Hannover. Und er rechnet vor: Für 30 bis 40 Prozent der Beschäftigten bringt der Abschluss ein Plus. „Wir können weitermachen, wir wollen weitermachen“, kam die Ansage aus verschiedenen Großstädten – zum Beispiel aus Stuttgart. Aber sind die anderen dabei, die Kolleginnen und Kollegen auf dem Land, in den Klein- und Mittelstädten?

Peter Meyer aus Hamburg bekennt: „Ich bin nicht zufrieden. Ich habe mir für den Allgemeinen Sozialen Dienst mehr gewünscht.“ Für ihn ist es ein Armutszeugnis, dass die Bundespolitik die Forderungen unterstützt hat, aber nicht fähig war, auf die Kommunen einzuwirken.

Der Tarifabschluss ist das Ergebnis des Kräfteverhältnisses zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, fasst Stefan Meinke aus Köln zusammen. Deshalb sei es nicht entscheidend, ob der Abschluss annehmbar ist oder nicht. Entscheidend sei nur, ob die Beschäftigten in der Lage sind, in den kommenden Wochen das Kräfteverhältnis noch gravierend zu verändern.

Doch dann, bei der Abfrage aller Landesbezirke, wird eines klar: Sie haben sich mehr gewünscht. Aber die Vertreter der Streikleitungen sehen auch, was auf dem Tisch liegt. Ein Gesundheitstarifvertrag nämlich, der Chancen eröffnet und in den besonders die älteren Kolleginnen und Kollegen große Erwartungen setzen. Und da ist eine Entgelttabelle, die es für junge Leute attraktiver macht, in den kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst zu gehen. Und deshalb: Zustimmung auf breiter Front. Ihr Votum vor Augen, empfahl auch die Bundestarifkommission den ver.di-Mitgliedern die Annahme. „Es ist kein Wunschergebnis“, fasste Bsirske die Diskussionen zusammen: „Aber es motiviert weiterzumachen.“ Und den Arbeitgebern muss klar sein: Diese Eingruppierung kann nicht das Ende der Entwicklung sein. Sie ist die erste Etappe – der Einstieg in die Aufwertung.



Beitrittserklärung

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Ich möchte Mitglied werden ab:

Monat/Jahr _____

Persönliche Daten:

Name _____

Vorname/Titel _____

Straße/Hausnr. _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geburtsdatum _____

Telefon _____

E-Mail _____

Staatsangehörigkeit _____

Geschlecht weiblich männlich

Beschäftigungsdaten

Arbeiter/in Angestellte/r

Beamter/in DO-Angestellte/r

Selbstständige/r freie/r Mitarbeiter/in

Vollzeit Teilzeit _____ Anzahl Wochenstd.

Erwerbslos

Wehr-/Zivildienst bis _____

Azubi-Volontär/in-Referendar/in bis _____

Schüler/in-Student/in bis (ohne Arbeitseinkommen) _____

Praktikant/in bis _____

Altersteilzeit bis _____

Sonstiges _____

Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) _____

Straße/Hausnummer im Betrieb _____

PLZ _____ Ort _____

Personalnummer im Betrieb _____

Branche _____

ausgeübte Tätigkeit _____

ich bin Meister/in-Techniker/in-Ingenieur/in

Ich war Mitglied der Gewerkschaft: _____

von: _____ bis: _____

Monat/Jahr _____ Monat/Jahr _____

Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die ver.di, den satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftinzugsverfahren

zur Monatsmitte zum Monatsende

monatlich halbjährlich

vierteljährlich jährlich

oder im Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren* monatlich bei meinem Arbeitgeber einzuziehen. * (nur möglich in ausgewählten Unternehmen)

Name des Geldinstituts/Filiale (Ort) _____

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Name Kontoinhaber/in (Bitte in Druckbuchstaben) _____

Datum/Unterschrift Kontoinhaber/in _____

Tarifvertrag _____

Tariff. Lohn- oder Gehaltsgruppe bzw. Besoldungsgruppe _____

Tätigkeits-/Berufsjahr, Lebensalterstufe _____

regelmäßiger monatlicher Bruttoverdienst _____

Euro _____

Monatsbeitrag: Euro _____

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/innen, Pensionär/innen, Vorruheständler/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5% des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt € 2,50 monatlich. Für Hausfrauen/Hausmänner, Schüler/innen, Studierende, Wehr-, Zivildienstleistende, Erziehungsgeldempfänger/innen und Sozialhilfeempfänger/innen beträgt der Beitrag € 2,50 monatlich. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

Datenschutz

Ich erkläre mich gemäß § 4a Abs. 1 und 3 BDSG einverstanden, dass meine mein Beschäftigungs- und Mitgliedschaftsverhältnis betreffenden Daten, deren Änderungen und Ergänzungen, im Rahmen der Zweckbestimmung meiner Gewerkschaftsmemberschaft und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

Datum/Unterschrift _____

Werber/in: _____

Name _____

Vorname _____

Telefon _____

Mitgliedsnummer _____

IMPRESSUM STREIKZEIT

Herausgeber:

Gewerkschaft ver.di, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Fachbereich 7, Gemeinden

Verantwortlich:

Achim Meerkamp, ver.di-Bundesvorstand

Redaktion:

Jana Bender, Harald Giesecke
redaktion.streikzeit@verdi.de

Design und Vorstufe:

VH-7 Medienküche GmbH
70372 Stuttgart, www.vh7-m.de

Druck:

alpha print medien AG, 64295 Darmstadt
www.alpha-print-medien.de

Fotos:

Barrierefreies Rostock, Jana Bender,
Joachim Roettgers, Ulla Spiekermann, ver.di
W-2796-63-0709

www.sozialarbeit.verdi.de
www.chancen-foerdern.de
www.fuer-menschen.verdi.de



Für Menschen –
Wir gestalten Zukunft
ver.di Sozial- und Erziehungsbereufe